

Erich Später

»Weltfeind Zionismus«

Als Israel vor 40 Jahren den Sechs-Tage-Krieg gegen seine arabischen Nachbarn gewann, begannen die Sowjetunion und in ihrem Gefolge die Antiimperialisten aller Länder eine Kampagne gegen den jüdischen Staat, die bis heute nachwirkt.

Am 1. Juli 1967 erlebte die Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York eine denkwürdige Konfrontation. Im Mittelpunkt der Debatten stand der von Israel gerade siegreich beendete Sechs-Tage-Krieg (5. – 10. Juni) gegen seine arabischen Nachbarn Ägypten, Syrien und Jordanien. Der sowjetische Vertreter Kossygin erklärte Israel zum Handlanger des Imperialismus und alleinigen Kriegstreiber und setzte neue Maßstäbe für die Beurteilung des jüdischen Staates. Mit der moralischen Autorität der Siegermacht des 2. Weltkriegs formulierte er vor dem Weltforum ein Verdammungsurteil, das Geschichte machen sollte:

Immer mehr häufen sich Berichte über Greuel- und Gewalttaten, die die israelischen Okkupanten in den besetzten Gebieten verüben. Was auf der Sinai-Halbinsel und im Gaza-Streifen, in Westjordanien und in den von israelischen Truppen besetzten Gebieten Syriens vor sich geht, ruft die ungeheuerlichen Verbrechen in Erinnerung, die die Faschisten während des 2. Weltkrieges begingen. Die arabische Urbevölkerung wird aus Gaza, Jerusalem und anderen Gebieten vertrieben. Ähnlich wie seinerzeit Hitlerdeutschland in den besetzten Gebieten Gauleiter ernannte, bildet auch die israelische Regierung eine Besatzungsverwaltung auf dem geraubten Territorium und ernennt ihre Militärgouverneure. ... Im Laufe eines langen Abschnitts der Geschichte Israels trieben seine herrschenden Kreise leider eine Politik der Eroberungen und der Erweiterung des eigenen Territoriums ... wobei sie die einheimische Bevölkerung dieser Landstriche vertrieben oder sogar vernichteten.

Der israelische Außenminister Eban wies den Vorwurf der Aggression entschieden zurück und erklärte, daß die von Ägypten verhängte Seeblockade des Golfs von Akaba und die Ausweisung der UN-Truppen aus der entmilitarisierten Zone der Halbinsel Sinai durch den ägyptischen Präsidenten Nasser Israel zur Eröffnung der Kampfhandlungen gezwungen hätten. Die Kriegspropaganda Ägyptens und Syriens habe zudem Israel mit der totalen Vernichtung gedroht. Die israelische Gegenwehr sei daher moralisch genauso zu bewerten wie »die Vertreibung von Hitlers Bombern über London und die Bewahrung Stalingrads vor den Nazihorden«.

Während der Rede Ebans verließ die sowjetische Delegation den Sitzungssaal. Ein paar Tage später bestätigte der Generalsekretär der sowjetischen KP, Leonid Breschnew, in einer Rede vor Absolventen der Militärakademie im Kreml die Verurteilung Israels: »Es scheint, daß die Israelis mit ihren Greueln die Verbrechen der Hitlerinvasoren kopieren.« In kürzester Frist wurde es in der Sowjetunion, den mit ihr verbündeten Staaten und politischen Bewegungen üblich, den jüdischen Staat und seine Bewohner als Epigonen der Nazis, Praktiker des Völkermordes etc. zu beschimpfen. Schlagworte wie »Blitzkrieg«, »Herrenvolk«, »Gauleiter«, »Konzentrationslager« wurden weltweit zu Attributen israelischer Politik. Für die arabischen Staaten war dies eine ungewohnte Art der Propaganda, da ihre Führungsschichten nichts sehnlicher als einen Sieg Hitlerdeutschlands gewünscht und viele hochrangige Nazis Zuflucht und neue Beschäftigung in Kairo und Damaskus gefunden hatten.

Bereits am 12. Juni 1967 hatte die Sowjetunion, für deren Machtposition im arabischen Raum die Niederlage der mit sowjetischen Waffen ausgerüsteten arabischen Staaten gegen das zahlenmäßig weit unterlegene und hauptsächlich von Frankreich ausgerüstete Israel ein schwerer Schlag gewesen war, ihre diplomatischen Beziehungen zu Israel abgebrochen. Es folgten Polen, die CSSR, Bulgarien und Ungarn. Die DDR unterhielt mit Israel keinerlei diplomatische Beziehungen.

Mit dem Abbruch der Diplomatie und der Initiierung einer sich in den nächsten Jahren radikalierenden Kampagne gegen Israel beendete die SU ihre anfängliche Unterstützung Israels. Die weltpolitische Konfrontation mit den USA wurde auch im Nahen und Mittleren Osten zum bestimmenden Faktor der sowjetischen Außenpolitik. Aber auch innenpolitische Gründe spielten eine Rolle beim Beginn der radikalen antiisraelischen Propaganda und Politik der Sowjetunion seit Juni 1967.

Für die sowjetischen Juden war mit dem Tod Stalins im März 1953 die als »schwarze Jahre« bezeichnete Zeit der brutalen Verfolgung zwischen 1948 und 1953 vorüber. Trotz der beginnenden »Entstalinisierung«, dem Ende des Massenterrors, wurden die jüdischen Schulen, Zeitungen, Theater und Verlage, die unter Stalin geschlossen worden waren, nicht wieder geöffnet. Druckerlaubnis für jiddische Bücher und Zeitschriften wurde nur selten erteilt. Die in der Verfassung garantierte Religionsfreiheit existierte nur auf dem Papier.

Die erste sowjetische Volkszählung nach dem Krieg (1959) ergab, daß 2,267 Millionen Juden in der SU lebten – die meisten von ihnen im europäischen Rußland und dort wiederum fast ausschließlich in den großen Städten. Ihr Anteil an öffentlichen Ämtern in Partei und Staat war verschwindend gering; sie waren die am stärksten unterrepräsentierte »Nationalität« in der UdSSR und auf gesellschaftlicher Ebene Willkür und systematischer Diskriminierung ausgesetzt.

Es war daher kein Zufall, daß jüdische Sowjetbürger Mitte der sechziger Jahre zu den Aktivisten der kleinen Opposition gehörten, die von der Regierung verlangte, sie möge sich an die eigenen Gesetze halten. Zu dieser Gruppe gehörten auch jüdische Aktivisten, die die Ausreise nach Israel verlangten. Die aber war grundsätzlich verboten. So kam es zu Protesten gegen die Unterdrückung der jüdischen religiösen und kulturellen Freiheiten in der UdSSR und dazu, daß der israelische Sieg über die mit sowjetischen Waffen ausgerüsteten arabischen Armeen für die sowjetischen Juden einen bedeutenden Zugewinn an Selbstbewußtsein bedeutete.

In diesem Zusammenhang muß die Radikalisierung der sowjetischen Propaganda gegen Israel nicht nur als Bestandteil der Konfrontation mit den USA verstanden werden, sondern auch als Ausdruck wachsender innenpolitischer Schwierigkeiten vor allem durch den von Israel verstärkten Emigrationsdruck auf Teile der jüdischen Bevölkerung. Die Aufkündigung der Loyalität durch eine große Gruppe der eigenen Bevölkerung bedeutete einen auch international schwerwiegenden Prestigeverlust für die Sowjetunion. Sie reagierte darauf mit einer Kampagne gegen Israel und den »internationalen Zionismus«, die in seiner Intensität dem stalinistischen Feldzug gegen den »Trotzkismus« in den zwanziger und dreißiger Jahren ähnelte.

Die Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Zionismus wurde 1969 durch das Schlagwort vom »zionistischen Rassismus« vervollständigt. In einer Auflage von 550.000 Exemplaren (eine andere Quelle gibt 400.000 an) erschien 1969 im Verlag der KPdSU das Buch *Ostroschnov Sionism (Achtung Zionismus)*. Verfasser war Juri Iwanow, Mitarbeiter in der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU. Für Iwanow war der Zionismus der Feind der gesamten Menschheit. Die Zionisten hätten von der Ermordung der europäischen Juden profitiert. Getrieben von Habgier und Grausamkeit hätten sie gemäß einer Vereinbarung mit den Hitleristen mitgeholfen, die Juden entweder in die Vernichtungslager oder in die Kibbuzim im »Lande Kanaan« zu verfrachten. Für Iwanow waren Zionismus und Nazismus in ihrem Wesen gleich böseartig. Beide würden Rasse und Nation absolut setzen, beide würden auf rassistischer Ungleichheit bestehen und die Menschheit hierarchisch so sortieren, daß sie als jeweils auserwähltes Volk an der Spitze der Menschheit stünden.

Die antiisraelische Polemik war jedoch nicht nur eine Sache der Parteipropaganda. 1971 wurde eine »Abteilung für Studien über Israel« im Bereich Orientalistik der russischen Akademie der Wissenschaften eingerichtet. Diese organisierte Konferenzen und veranlaßte internationale Publikationen über den »Internationalen Zionismus«, die in alle Weltsprachen übersetzt wurden. Einige ihrer Absolventen haben es auch in der Politik zu etwas gebracht: Mahmud Abbas, der Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde, erwarb am Institut für Orientalistik 1982 seinen Dokortitel mit der Arbeit *Die geheime Zusammenarbeit zwischen den Nazis und den Zionistenführern*.

In den Karikaturen und Artikeln der sowjetischen Presse wurden die überkommenen Darstellungsmuster der *Protokolle der Weisen von Zion*, der wirkungsmächtigsten antisemitischen Verschwörungstheorie, reaktiviert. Danach kontrollierten die Zionisten fast alle Bereiche der Politik, der Finanzen der Industrie und der Medien der westlichen Staaten und verfügten über die Fähigkeit, auch Nichtjuden für ihre Interessen einzuspannen. Bereits am 4. Oktober 1967 wurde in der Zeitung des Sowjetischen Jugendverbandes, »Komsomolskaja Prawda«, diese Behauptung näher erläutert: Allein in den Vereinigten Staaten, so der Autor Jewgeni Jewsejew, könnten die Zionisten auf 20 bis 25 Millionen Gefolgsleute zurückgreifen. Im zionistischen Besitz befänden sich dort die meisten Banken,

ein erheblicher Teil der Industrie und fast alle Zeitungen und Nachrichtenagenturen. Das antisemitische Credo einer von der jüdischen Hochfinanz kontrollierten Welt hatte damit seinen Platz in der sowjetischen Propaganda gefunden und erreichte so Weltgegenden, die bisher von der »zionistischen Gefahr« kaum beunruhigt gewesen waren. Der Antizionismus fand Eingang in das ideologische Arsenal vieler Staatsparteien und nationaler Befreiungsbewegungen und wurde den jeweiligen ideologischen und politischen Bedürfnissen angepaßt.

Dies gilt etwa für die Formel vom »Apartheidsstaat Israel« und die Behauptung, die jüdische Gemeinde Südafrikas stünde hinter dem dortigen Rassenregime. Die diesbezüglichen gemeinsamen sowjetisch-arabischen Bemühungen, afrikanische Staaten zum Abbruch ihrer Beziehungen zu Israel zu bewegen, führten Ende 1973 zur fast völligen Isolierung Israels auf dem afrikanischen Kontinent.

Die sowjetische Propaganda gegen Israel hatte auch Folgen für das Verständnis des Nahostkonflikts im größten Teil der westlichen Linken. Er wurde ab 1967 in die Kategorien des Antizionismus, Antiimperialismus und Antikolonialismus gepreßt. Man machte Israel zum rassistischen Pariastaat und die arabischen Diktaturen und Tyrannen zur Speerspitze des Fortschritts. Die Programmatik der 1964 gegründeten PLO wurde dieser »linken« Wendung angepaßt. Offiziell wollte man die Juden nun nicht mehr ins Meer treiben, sondern den »rassistischen Apartheidsstaat Israel« zerstören.

Erstaunliche Wandlungen vollzogen sich innerhalb kürzester Zeit. So hatte die Führung der im Dezember 1967 gegründeten Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) um George Habash ihre politische Laufbahn mit einem genozidalen antijüdischen Aktionsprogramm begonnen. Als Mitglieder der »Bewegung der arabischen Nationalisten« (BAN) hatten sie nach der arabischen Niederlage 1948 ein politisches Konzept der »arabischen Einheit und der Rache« formuliert. Unter anderem forderten sie die Vertreibung der Juden aus den arabischen Ländern. In Beirut, wo die Gruppe erste Zellen an der Universität bildete, verübten ihre Mitglieder Bombenanschläge gegen die jüdische Gemeinde. Dies war der Beginn der Vertreibung von 6.000 Juden aus dem Libanon, die Ende der sechziger Jahre erfolgreich abgeschlossen war.

Die säkulare Definition des arabischen Nationalismus durch die Gruppe um Habash stieß auch bei Nichtmuslimen und der urbanen Elite der arabischen Länder auf Zustimmung. Politisch bekräftigt wurde sie von der Sowjetunion und China. Im Westen wurde die PFLP innerhalb der gesamten Linken schnell populär. Die Ermordung jüdischer Zivilisten änderte nichts an der Bewunderung für die »marxistischen Revolutionäre«, die ihr Programm und ihre historischen Analysen seit Mitte der sechziger Jahre zunehmend im Jargon des »linken« Antizionismus und Antiimperialismus formulierten.

In der Bundesrepublik übernahm der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) als erster relevanter linker Verband uneingeschränkt die neue linke Deutungsmacht über den Nahostkonflikt. Auf seiner 22. ordentlichen Delegiertenkonferenz Anfang September 1967 entschied er sich für einen radikalen antiisraelischen Kurs. Im Resolutionstext findet sich bereits das gesamte Repertoire der antizionistischen Propaganda, die innerhalb der nächsten beiden Jahre zum Allgemeinplatz aller Parteien, Organisationen und Gruppen der alten und neuen Linken werden sollte. Der Kernpunkt der Erklärung lautet: »Die Anerkennung des Existenzrechts der in Palästina lebenden Juden durch die sozialrevolutionäre Bewegung in den arabischen Ländern darf nicht identisch sein mit der Anerkennung Israels als Brückenkopf des Imperialismus und als zionistisches Staatsgebilde.« In der Folge übersetzte und veröffentlichte der SDS regelmäßig und kommentarlos die »Militärkommuniqués« der Fatah über erfolgreiche terroristische Aktionen in Israel.

Erich Später schrieb in KONKRET 3/07 über die sudetendeutschen Profiteure der »Entjudung« des Sudetenlandes